Nummer 8.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36.– Mark, monatlich 12.– Mark, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr. des tschechoslowak. Staates, Danzig, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen u. Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband möglich und nur gegen vorherige Einsendung des mit den nötigen Porto-Anfschlag durch die Expedition dieser Zeitung auszlagig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel.

66. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10 gespalt. Zeile 4.80 M., Reklameteil 12.– M. Stellengesuche 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Finanzschl.-Kalender, Allgemeine Versorgungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: -Börsenkrone- | Fernspr. d. Schriftlg.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstraße 37 | Donnerstag, 6. Januar 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 40 Pf.

Venizelos' Pläne.

Bereits vor den letzten Wahlen in Griechenland, die darüber entscheiden sollten, ob das Volk die seit mehr als vier Jahren von Venizelos verfolgte imperialistische Politik billige und bereit sei, ihm auf dem eingeschlagenen Wege auch weiterhin zu folgen (trotz der ungeheuren Lasten, die diese Politik dem Lande auferlegte), wurden im antivenizelistischen Lager Stimmen laut, die der Befürchtung Ausdruck gaben, Venizelos werde im Falle seiner Niederlage seine ehrgeizigen Pläne in einer den Bestand Griechenlands gefährdenden Form weiterverfolgen. Vor allem, seit der Gedanke einer unter der Diktatur Venizelos' zu errichtenden Republik in die Debatte geworfen worden war, fanden jene Befürchtungen immer leidenschaftlicheren Ausdruck. Auch der verstorbene König Alexander teilte sie und hat wiederholt erklärt, Venizelos werde, falls er bei den Wahlen unterliegen sollte, Griechenland teilen und ein neues kleinasiatisches Griechenland gründen.

Die furchtbare Niederlage, die seine Partei erlitt, und das Ergebnis der darauffolgenden Volksabstimmung zugunsten der Rückkehr König Konstantins ließen es dem gerissenen Kreter wohl geraten erscheinen, vorläufig von der Bildfläche zu verschwinden, seine Pläne aber wurden nicht aufgegeben; ihm erschien nur der Zeitpunkt eben günstig für deren Verwirklichung. Venizelos rechnet darauf, daß die Zeit sein bester Bundesgenosse werden soll. Nach den Wahlen mit all ihren erbitterten und verbitternden Parteikämpfen, während der darauf folgenden Volksabstimmung, als die Begeisterung für das Königshaus allenthalben aufflammte, und während der Festtage beim Einzug des Königs hielt er sich daher von der politischen Arena fern. Untätig war er nicht! Und jetzt, nachdem der Rausch zu verfliegen beginnt und die Festtimmung der nüchternen Alltagsbetrachtung weicht, nachdem bereits die großen Schwierigkeiten der Regierung König Konstantins gutage getreten sind, taucht er aus der Versenkung auf.

Nicht in Athen — dort ist es für ihn augenblicklich noch allein gefährlich, sondern auch vollkommen aussichtslos — aber fern von des Landes Königstadt, in Kleinasien will er seine Pläne der Verwirklichung entgegenführen, um dort ein von Griechenland unabhängiges Reich unter seiner Leitung zu schaffen. In Athen hat seine Erklärung die größte Erregung hervorgerufen, denn man weiß wohl, die kleinasiatischen Besitzungen Griechenlands ein den Plänen Venizelos' günstiger Boden sind. Die türkische Bevölkerung dieser Gebiete dürfte sicher der Schaffung eines von Griechenland unabhängigen Reiches sympathischer gegenüberstehen als der durch das Diktat von Sèvres aufgezwungenen griechischen Herrschaft; und unter den zuverlässigen griechischen Elementen wie unter den Truppen hat Venizelos gerade bei den letzten Wahlen verhältnismäßig gut abgeschnitten, sodaß auch da seine Pläne, wenn auch nicht gerade auf begeisterte Aufnahme, so doch auch nicht auf allzuheftigen Widerstand stoßen werden. Die Regierung König Konstantins ist sich ansteinend auch des Ernstes der Lage vollkommen bewußt, wie die mit größter Beschleunigung betriebenen Vorbereitungen für die Reise König Konstantins nach den kleinasiatischen Besitzungen erkennen lassen. Man verspricht sich sicher von dem Eindruck der Persönlichkeit des Königs ein gutes Gegengewicht gegen die Loslösungsbestrebungen und hofft, diese im Keim zu ersticken und auch unter der türkischen Bevölkerung — wenn auch nicht für das griechische Regime, — so doch für die Person des Königs Sympathien zu erwecken. Auf lange Dauer freilich werden auch solche keinen ausreichenden Schutz gegen Venizelos' eigennützige Pläne gewähren, wenn die griechische Regierung sich nicht entschließt, ihren kleinasiatischen Besitzungen die gleichen Freiheiten zu gewähren, die König Konstantin seinem Lande versprochen hat.

Paris, 6. Januar.

Nach einer Blättermeldung aus Athen vom 4. Januar wird König Konstantin in Begleitung der Königin Sophie der Eröffnung des Parlaments beiwohnen. Der König wird die Thronrede verlesen.

Nach der „Chicago Tribune" hat unter den Kandidaten für den Posten des griechischen Ministerpräsidenten der gegenwärtige Oberkommissar von Smyrna Steriades die meisten Aussichten.

Athen, 6. Januar.

Die rumänische Königsfamilie wird heute in Athen erwartet.

Der frühere Ratgeber des Königs, Streit, ist gestern von Lugern kommend, in Athen eingetroffen.

Konstantinopel, 6. Januar.

Das Mitglied der Militär-Kommission des Königs Konstantin in der Türkei, Kommandant Dragumis, ist durch einen von einem Venizelisten auf ihn abgefeuerten Revolverschuß verwundet worden. Der Bruder Dragumis wurde vor einiger Zeit in Athen anläßlich einer venizelistischen Kundgebung getötet.

Abreise eines deutschen Vertreters nach Moskau.

TU **Frankfurt a. M.**, 6. Januar.

Gestern ist, wie die „Frankfurter Zeitung" aus Berlin erfährt, ein Beauftragter des Auswärtigen Amts nach Moskau gereist, um dort Deutschland in der Kriegsgefangenenzentrale zu vertreten. Die wichtige Mission ist einem bisherigen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt Dr. Paul Staehler übertragen worden, der sich früher längere Zeit in Rußland aufgehalten hat. Dr. Staehler wird auch Gelegenheit nehmen, über die wirtschaftlichen Verhältnisse des bolschewistischen Rußland zu berichten.

Neue Kohlenforderungen der Entente.

Unbefriedigende Ergebnisse der Pariser Verhandlungen.

Berlin, 6. Januar.

Das Ergebnis der in Paris geführten Verhandlungen über die von Deutschland nach Ablauf des Spaa-Abkommens an die Ententeregierungen zu liefernden Kohlenmengen ist, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, bisher für Deutschland durchaus unbefriedigend. Die Reparationskommission hat der deutschen Kriegslastenkommission in Paris unterm 27. Dezember über die in Aussicht genommene Regelung eine Mitteilung gemacht, in der es u. a. heißt:

„Da mit Rücksicht auf die Transportschwierigkeiten die Wahrscheinlichkeit von Rückständen deutscher Kohlenlieferungen auf Grund des Spaa-Abkommens vorhanden ist, so ist die Reparationskomission damit einverstanden, daß diese Rückstände im Februar und März mit je 250 000 To. ausgeglichen werden können. Diese Rückstände müßten dann aber vorweg geliefert werden vor den später kommenden Mengen, die aus der Neuregelung nach Ablauf des Spaa-Abkommens zu restituieren.

Bezüglich dieser Neulieferungen für Februar und März wird von der Reparationskommission das Verlangen gestellt, daß Deutschland außer den erwähnten Rückständen noch 2,2 Millionen Tonnen monatlich liefere. Der Teil, der von diesen 2,2 Millionen Tonnen etwa nicht abtransportiert werden kann, soll auf den Ergänzungsstellen zur Verfügung der Reparationskommission gelegt und erst später abtransportiert werden. Falls dies nach den Wünschen der Kommission geschieht, kann soll die Erfüllung der Lieferungen auf diese Weise einem effektiven Abtransport in den Monaten Februar und März gleichgestellt werden.

Staatssekretär Bergmann, der bisher die Verhandlungen geführt hat, hat im Auftrage der deutschen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt, daß Deutschland sich mit dieser Neuregelung der Lieferungen nicht einverstanden erklären könne. Vielmehr müsse es an dem in den Verhandlungen eingehend dargelegten Standpunkte festhalten, daß die deutsche Leistungsfähigkeit nicht einmal an die Lieferungen heranreicht, die im Spaa-Abkommen festgesetzt worden sind. Es ist in Aussicht gestellt worden, spätestens bis Mitte Januar eine zusammenfassende Darlegung des deutschen Standpunktes sowie der Lage der deutschen Kohlenwirtschaft und der Wirkungen des Spaa-Abkommens auf die deutsche Industrie der Reparationskommission zu übergeben.

Auf alliierter Seite besteht bisher fast feinerlei Neigung, die Kohlenvorschüsse und die Goldmarkprämie weiter zu zahlen, obgleich gerade diese beiden Deutschland ganz wesentlich bestimmt haben, das Abkommen von Spaa zu unterzeichnen. Gleichzeitig sind Bestrebungen im Gange, entgegen der feierlichen Zusagen Lloyd Georges und Millerands die Deutschland das Oberschlesien zu liefernden Kohlenmengen noch weiter zu kürzen.

Deutscherseits wird versucht werden, die alliierten Regierungen davon zu übergeugen, daß die bisherigen Forderungen der Reparationskommission weit über das mögliche und vernünftige Maß hinausgehen.

Zusammentritt des Obersten Rates am 19. Januar?

EE **Paris**, 6. Januar.

Wie „Journal des Débats" meldet, ist die Konferenz der interalliierten Ministerpräsidenten von englischer Seite nunmehr für den 19. Januar vorgeschlagen worden. Das Blatt glaubt, daß dieser Vorschlag französischerseits angenommen werden wird, daß ihm jedoch noch die italienische und die belgische Regierung zustimmen müßten.

Paris, 6. Januar.

Die französische Presse zeigt sich von der Tatsache, daß England einer Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten für den 19. Januar zustimmte, außerordentlich befriedigt. Dem „Matin" wurde im Ministerpräsidium gestern erklärt, daß es notwendig gewesen sei, Deutschland noch vor dem 1. Januar die Verfehlungen des Friedensvertrages und des Protokolles von Spaa in der Abrüstungsfrage zur Kenntnis zu bringen. Die Alliierten hätten das Motiv der französischen Handlungsweise begriffen. Wenn ein gewisser Teil der deutschen Presse hervorhebe, daß Frankreich allein gehandelt habe, ohne sich mit den übrigen Alliierten zu verständigen, so könne diese Polemik keine Folgen haben, weil es klar sei, daß Frankreich die Grenze einer einfachen Notifikation nicht überschritten habe.

Der Londoner Korrespondent des Blattes meldet, daß die Konferenz am 19. Januar sich über folgende sechs Punkte aussprechen werde:

1. Zerstörung und Verminderung der Rüstungen Deutschlands.
2. Frage der Reichswehr.
3. Frage der Sicherheits- und Ortspolizei.
4. Frage der Einwohnerwehren, Orgesch und anderer Freiwilligen-Formationen.
5. Beschränkung der Armierung der deutschen Festungen.
6. Auslieferung der Geheimnisse bezgl. der Erzeugung von Explosivstoffen und giftigen Gasen.

Verschiebung der Brüsseler Konferenz auf Frankreichs Wunsch.

Brüssel, 5. Januar.

Wie die „Agence belge" mitteilt, ist die Verschiebung des Wiederzusammentretens der Sachverständigenkonferenz, die ihre Verhandlungen voraussichtlich am 17. oder 20. Januar wieder aufnehmen wird, auf Veranlassung der französischen Delegation erfolgt, die den Wunsch ausdrückte, nicht in der durch die bevorstehende Tagung des Obersten Rates geschaffene Atmosphäre zu beraten.

Der englisch-französische Gegensatz.

Paris, 5. Januar.

Die Londoner Korrespondent des „Temps" berichtet, daß die in der Reutenote ausgedrückten Gedanken tatsächlich die Meinung der politischen Kreise und auch der militärischen Kreise Englands zum Ausdruck bringen. Das englische Ministerium sei der Ansicht, man müsse sich hüten, die deutsche Regierung zu schwächen, welche zwischen der doppelten Gefahr einer militärischen und einer bolschewistischen Revolution hin- und herschwanke. Man halte in London die erstere Gefahr für weniger groß, als die letztere, und glaube auch, daß es gefährlich sei, die Kräfte der jungen deutschen Republik zu untergraben, und daß es im eigensten Interesse der Alliierten liege, daß Deutschland genügend stark bleibe, um sich im Innern und nach außen hin gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Die englische Regierung neige einer mittleren Lösung zu, die darin bestehe, die Verminderung der deutschen Bürgerwehren zu verlangen, aber nicht ihre Auflösung.

Im „Journal des Débats" wird ausgeführt, es sei nicht gut, irgend etwas zu unternehmen, ohne die Folgen zu überdenken. Das führe mindestens zu einer Dummheit. Es wäre jedenfalls glücklich gewesen, die französische Regierung hätte die Feststellung am 31. Dezember nicht allein gemacht. Das Blatt sagt ferner, die französische und die interalliierte Politik sei, sich auf die demokratischen Elemente des Reiches zu stützen. Diese hätten die Revolution gemacht und den Staatsstreich vom März niedergekämpft. Das seien auch die Elemente, die im gegebenen Augenblick den Bolschewismus zurückweisen würden. Sie hätten die Notwendigkeit erkannt, bei Frieden im Innern den Wiederaufbau des Reiches zu unternehmen. Sie wüßten, daß sie Frankreich notwendig hätten. Aus diesem Grunde müsse man sich endlich in Gemeinschaft mit England und Italien bemühen, in Deutschland eine Politik zu begünstigen, die es gestatte, zu gleicher Zeit die Entwaffnung zu vollenden und die Entschädigungsfrage zu lösen. Durch Sondierungen erreiche man nichts.

Rücktritt des Kabinetts Leygues?

Paris, 5. Januar.

„Liberté" spricht heute abend von der Möglichkeit, daß das Kabinett Leygues am kommenden Dienstag, also nach den Ersatzwahlen für den Senat, die am Sonntag stattfinden, seine Demission einreichen werde. Das Blatt glaubt, daß Ministerpräsident Leygues mit der Neubildung des Kabinetts betraut werden wird, und daß er die Gelegenheit benutzen wird, um das Ministerium umzugestalten. Auf alle Fälle werde Leygues das Portefeuille für auswärtige Angelegenheiten beibehalten und auch keinen neuen Minister des Innern und auch keinen neuen Kriegsminister ernennen.

„Petit Parisien" erklärt, daß die Mitteilung, Ministerpräsident Leygues denke an eine teilweise Umgestaltung seines Ministeriums, nicht den Tatsachen entspreche. Nur wenn einer, der zur Wahl in den Senat stehenden Kandidaten aus dem Kabinett am Sonntag durchfallen werde, werde er nach den bestehenden Bestimmungen ausscheiden haben.

Nitti gegen die Entschädigungsforderung.

TU **Rom**, 6. Januar.

Im „Resto del Carlino" veröffentlicht Nitti einen neuen Artikel über die europäische Wirtschafts- und Finanzlage. Nitti hält die allgemeine Situation für sehr ernst und führt aufs neue aus, daß Deutschland unmöglich die paradoxen Summen, auf die man rechne, zahlen könne. Am Schlusse spricht Nitti die Hoffnung aus, daß nur, wenn die Ver. Staaten, England und Frankreich auf ihre Ansprüche verzichten würden, Europa vor einer Katastrophe bewahrt werden könnte.

Die Kandidatur Preuß.

Wie wir hören, haben jetzt mehrere demokratische Ortsgruppen entgegen anderen Plänen den Antrag beim morgen stattfindenden Parteitag gestellt, den früheren Reichsminister Prof. Dr. Preuß als Berliner Spitzenkandidaten aufzustellen, falls sich nicht noch Gelegenheit finde, ihn an die Spitze der Landesliste zu setzen.

Die deutsch-belgischen Schiffahrtsbesprechungen.

Brüssel, 6. Januar.

Nach dem „Soir" ist der belgische Generalkonsul in Hamburg, Moulart, in Antwerpen eingetroffen, wo er Besprechungen bezüglich der Rückkehr von Vertretern deutscher Schiffahrtsfirmen hatte. Das Journal fügt der Meldung hinzu, daß es den deutschen Schiffahrtsgesellschaften in Antwerpen gestattet sei, sich durch eine belgische Firma vertreten zu lassen.

Englands Angst vor dem Dumping.

Von

Walter Freudenberg-Weinheim.

Die Tagespresse beschäftigte sich kürzlich mit den Berichten des Berliner Vertreters der Londoner „Times". Daß diese Behauptungen des Blattes nicht den Tatsachen entsprechen, wird kaum jemand besonders erstaunen, in Erinnerung der vielen unrichtigen und tendenziösen Berichte der letzten Jahre. Die „Times" bringen aber in diesem und weiteren Artikeln manches, was sehr beachtenswert erscheint. Das Blatt gesteht zu, daß in Deutschland trotz der verzweifelten Lage der Staatsfinanzen in Industrie und Handel der gute Wille zur Arbeit wieder eingesetzt ist, und daß diese Kreise einschließlich der Arbeiter erfolgreich bemüht sind, ihren früheren Ruf für gediegene Arbeit und Anpassungsfähigkeit wieder zu erlangen. Als größter Hemmnis zur Entfaltung dieser Kräfte gibt der Vertreter der „Times" neben der ständigen Verschlechterung der deutschen Valuta durch die Notenpresse die Bureaukratie des eigenen Landes an. Diese sei in unsachmäßiger Bevormundung eher noch schlimmer als die Bureaukratie des alten Regimes, und jedes gelbewußte Arbeiten und Disponieren werde unmöglich gemacht durch die immer wieder neu auftauchenden Sozialisierungsversuche. England und Frankreich müßten — auch vom Standpunkt der Wiedergutmachung aus — diese Verhältnisse beachten. Zwischen den Zeilen empfiehlt das Blatt also ein zwangsmäßiges Einschreiten gegen diese ihre Interessen schädigenden Erscheinungen. Ueber die Schädlichkeit der Wirtschaftsbureaukratie und des Papier-Unwesens sind sich alle deutschen Wirtschaftskreise einig, und die versteckte Drohung des einsichtsreichen englischen Blattes sollte den Verbänden von Industrie und Handel und deren Zusammenfassung in der Arbeitsgemeinschaft und in dem Reichs-Wirtschaftsrat Anlaß geben, ernstlich für Abhilfe zu sorgen, ehe auch dieses Gebiet deutscher Selbständigkeit unter feindliche Zwangsverwaltung kommen wird.

Wer dann weiter in dem Blatte die Reden im englischen Parlament verfolgt, die sich mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland, insbesondere mit der Einfuhr Deutschland, beschäftigten, findet — abgesehen von einigen persönlichen Bemerkungen Lloyd Georges — eine Stimmung Deutschland gegenüber vor, die beweist, wie erfolgreich die Hetze gegen deutsches Dumping, eine Verhinderung der deutschen Einfuhr.

Wie liegt es nun mit der Dumping-Gefahr durch Deutschland? Man gibt selbst im englischen Parlament allgemein zu, daß Rohstoffe und Kohlen in Deutschland mangeln. Deutschland kann also im wesentlichen nur eingeführte Rohstoffe verede und daher ausführen. Da in den Deutschland benachbarten Gebieten mit niedriger Valuta der Mangel an Rohstoffen ebenso groß wie in Deutschland selbst ist, kommt eine Einfuhr nur aus Ländern mit höherer Valuta, insbesondere aus England und seinen Kolonien, den Vereinigten Staaten und Südamerika in Betracht. Kohlen zur Verarbeitung sind zugegebenerweise knapp. Wenn es gelingt, daß der deutschen Industrie trotzdem möglich war, die Betriebe aufrecht zu erhalten, so geschah dies dadurch, daß teils amerikanische Kohle verarbeitet wurde, die sich durch die Fracht teurer als in Amerika und England stellt, teils dadurch, daß man Braunkohle, Holz und Torf verfeuerte, die sich in Endresultat wesentlich teurer als Steinkohlen stellen. Endlich muß die deutsche Industrie unter der Bezeichnung amerikanischer Kohle gute deutsche Kohle zurückkaufen, die auf unbekannten Wegen von Frankreich und Belgien wieder zum Verkauf gelangt. Die Löhne in Deutschland mögen unter Berücksichtigung der Valuta niedriger sein, als in Hochvalutaländern, dafür aber ist durch die Hungerblockade und durch die politischen Erregungen die Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters geringer als die des englischen und amerikanischen. Außerdem sind die während des Krieges fehr abgenutzten Betriebseinrichtungen noch längst nicht wieder hergestellt, wodurch schwere Kosten entstehen; am schlimmsten verteuern die unerreicht hohen Steuern die deutsche Produktion.

Ein Dumping ist nur denkbar, sofern ein Land über eigene Rohstoffe verfügt, diese veredelt und dann ausführt. Nach obigen Ausführungen dürfte dieses in Deutschland bei nur sehr wenigen Artikeln möglich sein, und selbst dort wird jetzt durch die auf allen Gebieten errichteten Ausfuhrbelastungen erfolgreich verhindert, daß starke Unterbietungen bei täglich schwankender Valuta erfolgen.

Wenn es trotz all dieser Schwierigkeiten der deutschen Industrie und dem Handel möglich war, sich am Leben zu erhalten und auch auf dem Weltmarkt wieder als Konkurrent zu erscheinen, so macht dies der deutschen Tüchtigkeit und Betriebsamkeit zwar alle Ehre, aber es muß doch gesagt werden, daß der deutsche Export gegenüber vor dem Kriege noch sehr gering ist und sicher nicht durch „Dumping", sondern nur durch Qualitätsarbeit vorangebracht werden kann. Daß manche Kreise in England gerne zum Schutze ihrer Interessen jede Einfuhr verhindern würden, ist bedauerlich, aber verständlich insofern, als der Krieg alle Länder gezwungen hat, größere Anlagen zu schaffen und selbst vieles herzustellen, was man bisher im internationalen Warenaustausch erhielt. Jeder Besitzer eines derartigen Betriebes befindet sich heute also in einer schwierigen Lage. Dafür waren ihm aber auch während des Krieges außerordentlicher Verdienst und Abschreibungen möglich. Daß es selbst solchen Betrieben möglich ist, sich umzustellen, beweist der Riesenbetrieb von Krupp, der doch schon vor dem Kriege Tausende von Arbeitern mit der Herstellung von Kriegsgerät beschäftigt hat und jetzt eine größere Arbeiterzahl als vor dem Kriege ausschließlich mit reiner Friedensarbeit beschäftigt.

Erwartet man von Deutschland größere Leistungen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, so sollte

Schall u. Rauch
i. Gr. Schauspielhaus
Dir. Hans v. Wolzogen
Tel.: Norden 8643.
Kass. 7½ Beginn 8½
Januar-Programm.
Heute ausverkauft.
Ueber sämtliche Plätze ist verfügt.

„Sarotti" Chokoladen- und Cacao-Industrie, Aktiengesellschaft, Berlin-Tempelhof.
Wir beehren uns hiermit, auf Antrag eines Aktionärs die Aktionäre zu der am **Mittwoch, den 26. Januar 1921, mittags 12 Uhr,** im **Elite-Hotel, Berlin, Kunstädtische Kirchstraße 9,** stattfindenden **ordentlichen Generalversammlung** ergebenst einzuladen.
Tagesordnung:
1. Vorlage des Geschäftsberichts für das Jahr 1919/20, der Bilanz und des Gewinn- und Verlustkontos.
2. Beschlußfassung über Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustkonto, Verwendung desReingewinns.
3. Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes.
4. Abänderung des Gesellschaftsvertrages § 11 (Aenderung der Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates).
5. Aufsichtsratswahlen.

Die Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien oder den Nachweis der Hinterlegung bei einem Notar **spätestens am dritten Werktage vordem Tage der Generalversammlung** bei der **Gesellschaftskasse in Berlin-Tempelhof** oder bei der **Berliner Handels-Gesellschaft** oder bei den Herren **Georg Fromberg & Co.** in **Berlin** zu hinterlegen und dasselbst bis nach Ablauf der Generalversammlung zu belassen.
Berlin-Tempelhof, den 6. Januar 1921. (3308)
„Sarotti" Chokoladen- und Cacao-Industrie, Aktiengesellschaft.
Der Vorstand.

Deutsche Wollwaren-Manufaktur Aktiengesellschaft Grünberg i. Schl.
Die **jungen Aktien der Gesellschaft** sind erschienen und können bei den Bezugsstellen gegen Vorlage der Quittung in Empfang genommen werden. (3327)

In das Handelsregister A Nr. 211 ist am 29. Dezember 1920 die Firma **Adolf Heinig vormals F. Heinig** in **Eilenburg** und als deren Inhaber der Essigfabrikant Adolf Heinig, hier, eingetragen. (3344)
Amtsger. Eilenburg.

In das Handelsregister A Nr. 210 ist am 28. Dezember 1920 die Firma **Carl Biehne, Eisenwarenhandlung** in **Eilenburg** und als deren Inhaber der Eisenwarenhändler Carl Biehne, hier, eingetragen. (3345)
Amtsger. Eilenburg.

In das Handelsregister A Nr. 209 ist am 28. Dezember 1920 die Firma **Franz Schröder in Eilenburg** und als deren Inhaber der Kaufmann Franz Schröder, hier, eingetragen. (3346)
Amtsger. Eilenburg.